

Vossische



Zeitung

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntage mit der illustrierten Beilage „Zeitsbilder“. Sonntige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt mit Kurznote der Berliner Börse und amerikanischem Funknachricht, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Musikblatt, Recht und Leben, Turnen — Sport — Spiel, Für Reise und Wandlung.

Wöchentlich 1 — Mark (dann 75 Pfennig Bestellgeld). Bei Auslieferung auf Abrechnung nach dem Postamt. Anzeigen mm-Zelle 15 Pfg. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer.

Durch unsere Boten. Durch die Post monatlich 4.50 Mark für das Fernverkehrsamt Dönhofs 3038—3805. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 66.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur: (im Amt d. Handelst.) Carl Misch, Berlin. Druck: Manuskript werden nur zurückgeschickt, wenn Porto beiliegend.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhofs 3038—3805, für das Fernverkehrsamt Dönhofs 3038—3805. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 66.

Der Reichstag aufgelöst.

Durch Verordnung des Reichspräsidenten. — Einstimmiges Votum des Reichskabinetts. — Termin der Neuwahlen noch nicht bestimmt.

Berlin, 20. Oktober. (Mittl.)

Die Vermählungen des Reichskanzlers, — die jetzige Reichsregierung zu erneuern, um ihr eine sichere Reichsregierung auf Fortführung der bisherigen Politik zu verschaffen, sind endgültig gescheitert. Daraufhin hat der Reichskanzler, da sich ein anderer gangbarer Weg nicht zeigte, in Übereinstimmung mit dem gesamten Reichskabinett beim Reichspräsidenten die Auflösung des Reichstages beantragt, um dem Volke Gelegenheit zu geben, eine solche Mehrheit zu schaffen.

Der Reichspräsident hat dem Antrag des Reichskanzlers entsprochen und nachstehende Erklärung erlassen:

„Parlamentarische Verwirklichungen machen die Weiterführung der gegenwärtigen Reichsregierung und gleichzeitig die Bildung einer neuen Regierung auf der Grundlage der bisher besorgten Innen- und Außenpolitik unmöglich. Auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung löse ich deshalb den Reichstag auf.“

Berlin, den 20. Oktober 1924.

Der Reichspräsident. Der Reichskanzler.

(ges.) Ebert. (ges.) Marx.

Der Reichskanzler hat seine am Sonnabend gegebene Zusage eingehalten. Die Verhandlungen über die Regierungserklärung sind daher beendet worden. Die Kräfte hat die Lösung gefunden, die vorausgesetzt war: Appell an die Wähler, Auflösung des Reichstages und Ausarbeitung von Neuwahlen. Der Beschluß, dem Reichspräsidenten die Auflösung des Reichstages vorzuschlagen, ist im Kabinett am 14. Oktober einstimmig gefaßt worden und ist am 15. Oktober in der Reichsversammlung einstimmig gefaßt worden. Es gab auch keine Möglichkeit mehr, noch eine weitere Versuch eine Regierungserklärung durch Einwirkung der Deutschnationalen in den Reichstags-Sitzungen zu verhindern.

Die Herren auf der Rechten, die sich der Auflösung hingeben hatten, die Demokraten wurden, ebenso wie die Deutschnationalen am 20. August, im letzten Augenblick ihrer Überzeugung untreu werden und umfallen, haben sich genützlich gefühlt. Die demokratische Fraktion hat gegen einen dem Sinne ihrer bisherigen ablehnenden Haltung einen Beschluß gefaßt, der jede Weiterführung der Reichsregierung abgelehnt, sondern auch wohlwollende Neutralität gegenüber dieser Regierung und die Verfassung ihrer Fraktionsmitglieder Dr. Geßler als Reichsminister in einem Reichstagsbesitz.

Der Reichskanzler hatte die Einsetzung der Demokratie für 5 Uhr nachmittags erbeten. Um 5 Uhr erschienen die Abgeordneten 840 und Eröffnung beim Reichskanzler und überreichten ihm folgenden Beschluß der demokratischen Fraktion:

„Die Deutsche demokratische Fraktion hat wiederholt erklärt, daß nicht der geringste Grund für die Zerstückelung einer Regierungserklärung vorliegt. Wenn der Herr Reichskanzler sich entsprechend dem Geist der Verfassung entschließt, unbestimmt um die schwandende Aufgabe einzelner Fraktionen, mit dem jetzigen Kabinett vor dem Reichstag zu treten, so würde dieses Kabinett von dem Reichstag ein glattes Vertrauensvotum erhalten. Die schwer außenpolitische Gefahr, die mit der Einsetzung der Deutschnationalen in das Kabinett für drei unthronierten außenpolitischen Fraktionen verbunden ist, hat die Deutsche demokratische Fraktion wiederholt zu dem Beschluß veranlaßt, eine einseitige Verbreiterung des Kabinetts nicht zuzulassen, mit ihrer Verantwortung zu befreiben. Die geplante Zusammenfassung des neuen Kabinetts, in das auch Deutschnationalen berufen werden sollen, die sich dem Vertrauensvotum gegenüber ablehnend verhalten haben, kann die Deutsche demokratische Fraktion in ihrer Haltung nur

Für die Republik.

Von

Anton Erkelenz, M. D. R.

Vorsitzendem des Parteivorstandes der Deutschen Demokratischen Partei.

Der durch den französischen Imperialismus des Herrn Poincaré, durch die Markzerstückelung und Inflation erzeugte Reichstag hat gendert. Ehe er recht ins Leben trat, erreichte ihr sein Schicksal.

Wenn dieser Reichstag überhaupt eine Lebensfähigkeit in sich hatte, so wurde selbst dieser Rest getötet, als die Deutsche Volkspartei sich am 20. August auf Oebel und Verderb mit den Deutschnationalen verbündete. Das war ein Bündnis des heutigen Imperialismus, der Reaktion, der sozialen Kurzsichtigkeit. Ihm ist es gelungen, der deutschen

Politik und der deutschen Wirtschaft just vor dem Beginn der Erholung einen Wühlstumpf zu besetzen, der zunächst wieder alle Vermählungen für eine Weiterführung gebietet. In der Hoffnung, das Kabinett Marx im Amt zu belassen, schickte immer wieder an der Stubebene der freikonservativen Deutschen Volkspartei zu den Volkserneuerungen um Segen.

Nun handelt es sich um die Sicherstellung der Gründung in der deutschen Außenpolitik, die seit London angehebt ist. Nun gibt es weitere Schritte zu tun, um Deutschland frei zu machen. Das schwer lebende bezieht sich fordert mit Recht eine demokratische Innenpolitik, die als Grundlage einer demokratischen Außenpolitik Deutschlands wieder zur gleichberechtigten Stellung im Europa macht. Schwarz-Rot-Gold heißt die Wahlpolitik.

bestehen. Daß die Fraktion, die dafür eintritt, das jetzige Kabinett in seiner Gesamtheit zu erhalten, ihre Zustimmung dazu gibt, ein Mitglied ihrer Fraktion in einem ohne sie neu gebildeten Kabinett zu belassen, und daß sie durch einen derartigen hohen Schluß unläufig Verantwortlichkeiten (siehe, ist ein Verlangen, dem die Fraktion nicht entsprechen kann.“

Auch die Deutschnationalen waren erfüllt worden, sich bis 5 Uhr darüber schlüssig zu werden und zu äußern, ob sie bei einer eventuellen Erweiterung der Reichsregierung noch rechts für den angebotenen Rest sitzen im Kabinett beizubehalten würden. Die Deutschnationalen Fraktion lehnte am 2. Uhr nachmittags ab, warnte aber, daß sie ihren Beschluß bekannt gab, auf die Entschädigung der demokratischen Fraktion, als diese Entschädigung um 6 Uhr noch nicht bekanntgegeben war, wurde die Fraktionslösung der Deutschnationalen auf heute vertagt.

Eine Minorität haben die Deutschnationalen dem Reichskanzler nicht gegeben. Wenn man weiß, daß die demokratische Fraktion der Deutschnationalen gefaßt hat, sich mit der Fraktion verhalte, daß sie aber im anderen Falle den Anspruch auf vier Sitze aufrechtzuerhalten wollten.

Der Verlegung der demokratischen Fraktion hatte aber die Antwort der Deutschnationalen jede Bedeutung verloren; denn das Kabinett entließ sich sehr leicht, nimmte dem Reichspräsidenten die Auflösung des Reichstages vorzuschlagen. Die Vererbung wurde vom Reichspräsidenten schon in der nächsten Abendnahme unterzeichnet und öffentlich bekannt gemacht.

Damit hat der Reichstag aufgehört zu bestehen. Die für Mittwoch anberaumte Plenarsitzung fand (schwerfällig) nicht mehr statt; ebenso entfielen sämtliche Ausschüsseungen. Wenn die Neuwahlen stattfinden werden, steht noch nicht fest. Das hängt von der tatsächlichen Auslegung des Reichspräsidenten des Innenamts ab. Vermutlich wird der Termin heute oder morgen (sonnig) zum Kabinett bestimmt werden. Die verfassungsmäßige Frist würde Neuwahlen spätestens am 14. Dezember gehalten. Man wird aber nicht bei diesem äußersten Termin warten, sondern wahrscheinlich für den 30. November oder für den 7. Dezember die Wahlen aufsetzen. Nach der wohlwollenden Absicht sollen mit dem Reichstagsauflösung gleichzeitig die Wahlen zum preussischen und zum hessischen Landtage durchgeführt werden.

Am Reichstagsabend die Meinung von der erfolgten Auflösung immerhin Überzeugung hervorgerufen. Besonders bei den Deutschnationalen hätte man noch immer damit gerechnet, daß ein Kabinett entstehen würde, aus dem die Deutschnationalen nicht ausgeschlossen würde. Die Deutschnationalen hatten aber die wohlwollende Neutralität der Demokraten als conditio sine qua non erklärt. Da sie abgelehnt wurde, blieb nur die Auflösung möglich.

Am 5. Uhr übertrug der Staatssekretär der Reichsregierung die Verfassungserklärung dem Reichspräsidenten Dr. Geßler. Die Ausschüsse des Reichstages, die schon Sitzungen

angefahrt hatten, sind abgesetzt worden. Die Fraktionen sollen als solche auch fort, jedoch ist es ihnen unbenommen, als die Vertrauensmänner ihrer Parteien in den Räumen der Reichstagsgebäude weiter sich zu versammeln.

Für den Frieden.

Der Reichstag des 4. Mai ist tot. Er war eine Nachgeburt der bösen Zeiten, die das deutsche Volk im Jahre 1920 erlebt hat. Nicht lange später befehlte das französische Volk den verhängnisvollen Mann, der durch den Ruhrkampf nach Europa an den Rand seines Lebens brachte. Der Reichstag des 4. Mai hat im gleichen des Lieberens. Das deutsche Volk muß dafür sorgen, daß sein Nachfolger im Frieden ein Friedensliebender sei.

Daß die Politik, die in London verhandelt worden begann, fortgesetzt werden muß, bedürfen nur noch die Annot-Führer, die mit dem Meier zwischen den Fäden herumrennen und nicht bezweifeln wollen, daß ihre Rolle ausgefüllt ist. Die Leute sind nicht mehr gefährlich. Um so größer ist die Gefahr, die von den Deutschnationalen droht.

Es kann glauben, daß diese Partei prinzipieller Nichterfüllung, die ihre Behauptung der demagogischen Behauptung gegen die aufbauende Politik verbannte, endlich bereit ist, anzutreten, was sie gegen verbrannte? Ihr Verbleiben ist bei den Mitgliedern des Reichstages nur nichts als der Versuch, durch eine Hinterlist, durch eine Hinterlist zur Macht zu gelangen, nachdem ihre Expedition, daß der Reichskanzler unrettbar in den Gumpf geraten werde, sich als falsch erwiesen hätte. Die Deutschnationalen Volkspartei hat hunderte von Mandate durch die Hege gegen die Republik, gegen die Volksverfassung und gegen die Verfassungserklärung erlangt. Das Reichstagsauflösung ist der letzte Gelegenheits, durch die Art, wie sie den Wahlkampf führt, den Demos zu liefern, daß die Anerkennung der Politik des Reichstages Marx nicht nur Zug und Zug gemeint ist. Wer zweifelt, daß eine Gruppe die sich den Namen Deutschnationalen beilegt — deutet sich selbst eine Sache um ihrer selbst willen tun — und freuden bereit sein wird, alle Zweifel an ihrer Ehrlichkeit durch die Tat zu überlegen? Was sie vor dem 20. August hundertprozentig verneinte und am Abstimmungsabend hundertprozentig fingiert, behauptet, wird sie jetzt in der Wahlbewegung klar und unambiguiert, mildere und hundertprozentig in Stadt und Land vertreten. Sie wird ihre neue genommene Überzeugung im Feuer der Wahl zu ihrem Glanz klären. Oder wird das Spiel auf neue den Demos geben? Das Spiel, das dem Demos und dem jungen Gedächtnis der Wähler? Das Spiel, das brauchen im Land die Deutschen aufzulisten, nur um dem Antritt an sein paar Ministerielle Kraft zu verleihen?

Die Deutsche Volkspartei ist um die Lage nicht zu benehden, in die sie durch die Stimm ihrer Führer geraten ist. Sie konnte glücken und scheitern. Sie braucht nun im Gedächtnis die Früchte reifen zu lassen, die die konsequente Weiterführung der Außenpolitik zu bringen verzieht. Sie hatte rechtzeitig den Schritt getan, den die Deutschnationalen, übel beraten und in der Hoffnung, als Erben des „Zimmern“